



**Rede des Kämmerers der Landeshauptstadt Kiel
Wolfgang Röttgers
zum Haushalt 2015**

Donnerstag, 11. Dezember 2014

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe vor einigen Tagen im Stadtarchiv den ältesten Kieler Haushaltsplan aus dem Jahre 1411 gezeigt bekommen.

Er ist nicht doppisch und auch nicht so gewaltig, dass man einen Computer gebraucht hätte. Er besteht nämlich nur aus 24 Seiten. Aber abgesehen davon, entspricht er den Grundanforderungen, die wir auch heute an einen Haushalt stellen. Die beiden damals für die Finanzen der Stadt zuständigen Ratsherren Tymme Boltyn und Marquard Wryghen haben akribisch alle Erträge und alle Ausgaben eingetragen.

Und es ging ihnen im Verhältnis noch schlechter als uns: im Jahre 1411 verzeichnete der Haushalt Einnahmen in Höhe von 273 Mark Lübisch und Ausgaben in Höhe von 806 Mark Lübisch. Auch, wenn die Beträge aus heutiger Sicht eher gering wirken, ergibt die Rechnung immerhin einen Zuschussbedarf von dramatischen 66 %.

Wobei ich zur Ehrenrettung meiner beiden Vorgänger hinzufügen möchte, dass der sogenannte „Schoss“, die Bürgersteuer, die sich nach Größe des Hauses berechnet, in dem vorliegenden Haushalt noch fehlt.

Zu leben gewusst hat man offenbar auch: Ein damaliger Eintrag sagt: „10 Schillinge für Hermann Dornighe, die der Rat im Weinkeller verzehrt hat.“

Meine Damen und Herren,

auf Bundesebene wird aktuell mit den Vertretern der Länder diskutiert wie es mit dem Soli nach 2019 weitergehen soll. Natürlich erhoffen sich die Kommunen, von einer Weiterführung ebenfalls profitieren zu können. Aber die kommunale Seite hat schon sehr häufig erleben müssen, dass sie letztlich doch zu kurz gekommen ist. Eine Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund wäre beispielsweise für viele verschuldete Kommunen ein Sprung ans rettende Ufer.

Zur Zeit befinden sich die Großstädte in Deutschland in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft.

Nach einem aktuellen Gutachten stieg zwischen 2010 und 2013 die Zahl von Großstädten mit einer sehr hohen Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 4.000 Euro von 14 auf 21. Gleichzeitig stieg die Zahl der Großstädte mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von unter 1.000 Euro von 15 auf 19. Konnten 2011 nur 29 der 72 deutschen Großstädte einen Schuldenabbau vorweisen, waren es 2013 immerhin 40. Kiel liegt im Ranking der verschuldeten Großstädte auf Platz 37 und Lübeck auf Platz 29.

Viele stark verschuldete Städte sind in der Schuldenspirale gefangen und schaffen keinen spürbaren Schuldenabbau.

Der Befund von Ernst & Young zur Lage ist ernüchternd: „Hoch verschuldete Städte in strukturschwachen Regionen können derzeit kaum von den steigenden Steuereinnahmen profitieren. Ihre Schulden steigen und steigen – und sie können relativ wenig dagegen unternehmen. Denn die sprudelnden Steuereinnahmen kommen vor allem bei denen an, die ohnehin bereits über eine solide Finanzlage verfügen und nun ihre Schuldenlast weiter reduzieren können.“ Und weiter: „Wohlhabende Städte haben den nötigen finanziellen Gestaltungsspielraum und können mit attraktiven Angeboten um Unternehmensansiedlungen und Zuzügler werben.

Gleichzeitig wächst aber auch die Zahl finanzschwacher Städte, die ihre Leistungen immer weiter reduzieren müssen und so im Standortwettbewerb an Boden verlieren.

Unser gemeinsames Ziel in der Landeshauptstadt Kiel muss es sein, im Standortwettbewerb noch stärker als bisher zu bestehen.

Anrede,

der Haushalt, den wir Ihnen heute vorlegen, schließt bei einem Gesamtumfang von rund 878 Mio. € mit einem Zuschussbedarf von 53,6 Mio. €.

Wir stehen damit nicht nur deutlich besser als der Haushalt 1411, wir liegen auch deutlich unter dem noch im letzten Jahr für 2015 prognostizierten Ergebnis von 75,6 Mio. €. Wesentliche Gründe dafür sind die Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich, aber auch eine deutlich am Rechnungsergebnis der vergangenen Jahre angepasste Planung des Aufwands und weitere eigene Anstrengungen.

Beim Finanzausgleich rechnen wir im kommenden Jahren mit Einnahmen in Höhe von 189,8 Mio. €. Das ist weniger als erhofft, aber wir wollen auch nicht undankbar sein. Die Reform des Finanzausgleichs war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Im Rahmen der Optimierung der Planzahlen ist es uns dieses Jahr ein Stück weiter gelungen, die Planungen für das kommende Jahr an den Rechnungsergebnissen der vergangenen Jahre zu orientieren. Ich möchte mich dafür ausdrücklich bei meinen Dezernenten-Kollegen und meiner Kollegin bedanken. Sie sind diesen Weg konstruktiv mitgegangen.

Zu den großen Problemen unserer Stadt gehört auch weiterhin, dass die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung an uns vorbeigeht. Während bundesweit insbesondere viele nur gering verschuldete Städte von der anziehenden Konjunktur profitieren, stagniert, bzw. sinkt in Kiel die Gewerbesteuer. Wir rechnen für das kommende Jahr mit 88 Mio. €.

Das sind 15 % weniger als noch im Jahr 2010. Eine Verbesserung ist kurz- oder mittelfristig nicht in Sicht. Insbesondere macht sich immer wieder negativ bemerkbar, dass wir von wenigen großen Gewerbesteuerzahlern und deren wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind.

Dennoch wird die Landeshauptstadt Kiel auch im kommenden Jahr ihre Pflichten zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger erfüllen können. Der Haushalt sichert in allen Bereichen die notwendigen Leistungen. Ich weiß, dass sich mancher in dieser Stadt mehr Haushaltsmittel für den einen oder anderen Bereich erhofft hat. Aber ein Haushalt ist immer eine Abwägung aller Bedarfe und aller finanziellen Möglichkeiten.

Und bei unseren derzeitigen finanziellen Grenzen kann es leider nicht darum gehen, alle Wünsche zu erfüllen. Wir können nur für einen gerechten Haushalt sorgen, in dem alle wichtigen Aspekte gegeneinander abgewogen und ausgewogen sind.

Anrede,

ein solcher sozial-ausgewogener Haushalt liegt vor ihnen.

Wir sichern im nächsten Jahr unter anderem mit 80,3 Mio. € die Kosten der Unterkunft im SGB II, 62,6 Mio. € den Betrieb von Kindertagesstätten 63,6 Mio. € den Betrieb von Schulen

und wir erbringen im Jahr 2015 voraussichtlich 192,5 Mio. € an Sozialtransferaufwendungen.

Daneben

- erhalten wir unsere Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur,
- sichern wir Kiel mit einer leistungsstarken Feuerwehr,
- fördern wir vielfältige Kultur in unserer Stadt
und
- beraten und unterstützen wir die Kieler Bürgerinnen und Bürger kompetent und zuverlässig.

All das und vieles mehr bildet sich in diesem Haushalt ab.

Anrede,

neben den Transferaufwendungen im Sozialbereich ist auch weiterhin der Personalaufwand der größte Einzelposten im Haushalt. Mit 243 Mio. € stellt er rund ein Drittel des Gesamthaushalts.

Darin enthalten ist bereits ein moderater Erhöhungsbetrag für eventuelle Tariferhöhungen im kommenden Jahr.

In den Verhandlungen zum Stellenplan 2015 ist es gelungen, den Anstieg im kommenden Jahr zu begrenzen. Mit Ausnahme der Stellenzuwächse im Kinderbetreuungsbereich als strategischem Schwerpunktbereich der Stadt, galt für alle anderen Bereiche die Vorgabe einer „schwarzen Null“. Das bedeutet, dass nur so viel Stellen neu eingerichtet wurden, wie in anderen Bereichen Stellen abgebaut wurden. Dieses Ziel konnte erreicht werden: der effektive Stellenaufwuchs 2015 resultiert nur aus neuen Stellen im Kinderbetreuungsbereich.

Die Belastung vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ist in den vergangenen Jahren weiter angewachsen. Nehmen wir als Beispiel das Stadtplanungsamt.

Viele B-Plan-Verfahren sind durch umfangreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern immer arbeitsaufwendiger und damit auch personalintensiver geworden.

Ähnliche Arbeitszuwächse gibt es auch in zahlreichen anderen Bereichen.

Anrede,

in Diskussionen über öffentliche Haushalte entsteht manchmal der Eindruck, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen eine Belastung seien.

Sie sind uneffektiv, es sind zu viele und sie alle kosten zu viel Geld.

Ich möchte an dieser Stelle einmal als Personaldezernent klarstellen: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt Kiel sind ihre größte Ressource. Ihre Anzahl ist kein Beweis von Ineffektivität, sondern das Ergebnis eines hohen Anteils an persönlichen Dienstleistungen, die sie für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erbringen. Ihre Anzahl richtet sich nach dem Umfang der Aufgaben, die uns durch Gesetze übertragen wurden. Sie ist aber auch durch den Umfang der Aufgaben vorgegeben, die in einer wachsenden Stadt bestehen, die für Bürgerinnen und Bürger lebenswert sein will.

Nein, mir macht als Personaldezernent nicht die hohe Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sorgen. Mir macht der äußerst hohe Krankenstand unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von durchschnittlich 7,8 % Sorge.

Auch wenn das ein Problem des öffentlichen Dienstes insgesamt und kein spezielles Kieler Problem zu sein scheint – Lübeck zum Beispiel hat nach Pressemeldungen einen Krankenstand von 8,7 % -, so ist die Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Leistungsfähigkeit und Effektivität unserer Stadt unabdingbar. Gesundheit ist auch eine Führungsaufgabe.

Wir haben hier mit dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement erste Schritte unternommen, um die Ursachen dafür zu hinterfragen und den Krankenstand mittelfristig signifikant zu senken. Es gilt, diesen Weg in den kommenden Jahren konsequent weiterzuverfolgen.

Investitionen

Anrede,

auch im Haushaltsjahr 2015 investiert die Stadt wieder in ihre Infrastruktur. 49,8 Mio. € stehen dafür zur Verfügung.

Der Investitionshaushalt ist damit gemessen an den Kriterien des Innenministeriums der letzten Jahre abzüglich der gesondert betrachteten Maßnahmen (Freizeitbad und Kraftwerk) mit rund 30 Millionen Euro genehmigungsfähig. Das schafft frühzeitig im Jahr Sicherheit für unsere Investitionstätigkeit. Ebenso ist es mit den Verpflichtungsermächtigungen für das kommende Jahr.

Um dieses Ergebnis zu erreichen, galt es alle bekannten Investitionsplanungen genau zu prüfen und sie gegeneinander abzuwägen. Auch hier konnten nicht alle Maßnahmen sofort umgesetzt werden. Ich denke, dass wir eine sinnvolle zeitliche Abfolge der Investitionsmaßnahmen gefunden haben.

Mein Dank gilt auch hier den Kolleginnen und Kollegen aus den Fachämtern und Dezernaten, die diesen Kraftakt bewältigt haben.

Aber, meine Damen und Herren, nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Die Haushalte 2016 ff. entsprechen noch nicht dem genehmigungsfähigen Umfang und auch einzelne Maßnahmen aus dem Haushalt 2015 bedürfen noch der Konkretisierung.

Neben vielen kleinen und mittelgroßen Investitionsmaßnahmen sind es insbesondere die großen Projekte, die der besonderen Aufmerksamkeit und Betrachtung bedürfen:

- das neue Gemeinschaftskraftwerk
 - das Sport- und Freizeitbad
 - die Stadtregionalbahn
 - der Kleine Kiel Kanal
 - der neue ZOB
 - die Leitstelle der Feuerwehr
 - die Entwicklung des MFG5-Geländes
- und vieles mehr.

Egal, ob vor oder hinter einer „Genehmigungs-Klammer des Innenministeriums“, es muss uns allen bewusst sein, dass unsere Projekte die Landeshauptstadt Kiel angesichts der engen finanziellen Spielräume vor erhebliche Herausforderungen stellen.

Selbst wenn die Einwerbung von Fördermitteln gelingt, sind vermutlich Abwägungsentscheidungen zwischen den gewünschten Investitionsmaßnahmen zu treffen.

Dies machen die aktuellen Investitionsplanungen für 2016 mit jetzt schon 36,0 Millionen Euro, 2017 mit 35,7 Millionen Euro und 2018 mit 32,6 Millionen Euro deutlich.

Die Frage,

- wann
- was
- mit welcher Priorität und
- in welchem Umfang

gebaut werden kann, wird uns die nächsten Jahre intensiv beschäftigen.

Es deutet sich an, dass die Rahmenbedingungen mit Blick auf das Jahr 2020 nicht günstiger werden.

Ich werde daher im Januar zu ersten Gespräche einladen, um die kommenden Investitionshaushalte vorzubereiten.

Ausblick

Anrede,

der Haushalt 2015 enthält viele positive Aspekte. Ich möchte aber an dieser Stelle auch auf die Schwachstellen unserer Finanzlage hinweisen.

Da sind zunächst die Schulden zu nennen. Wir erzielen seit Jahren im Ergebnisplan keine Überschüsse.

Damit müssen wir Kredite aufnehmen, um den Zuschussbedarf im Ergebnisplan auszugleichen. Auch alle unsere Investitionen sind kreditfinanziert. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Investitionen vor eine genehmigungsrelevante Klammer gezogen wurden oder nicht. Die Kredite, die wir dafür aufnehmen müssen, sind gleich.

Uns drückt zurzeit eine Schuldenlast von 458 Mio. €. Um die Folgen dieser Schulden zu verdeutlichen – in den letzten 10 Jahren haben wir 167 Mio. € Zinsen gezahlt.

Das sind 167 Mio. €, die wir sowohl im Ergebnisplan als auch bei Investitionen dringend gebraucht hätten. Das sind vor allem 167 Mio. €, die bei einem historisch niedrigen Zinsniveau entstanden sind.

Die in diesem Haushalt abgebildeten Schritte zur Senkung des Ergebnisplans, der Beschränkung der Stellenzuwächse und die Begrenzung der Investitionen müssen in den nächsten Jahren unbedingt verstärkt werden.

Anrede,

der Weg wird in den kommenden Jahren nicht leichter.

Wir stehen vor der Herausforderung, die immer größer werdenden Erwartungen und Ansprüche in einer wachsenden Stadt mit den Erfordernissen einer zu geringen Einnahmesituation in Einklang zu bringen.

Dabei stehen wir nicht nur unter der besonderen Beobachtung des Innenministeriums, auch andere Kommunen werden uns genau betrachten, gerade auch nach der Neuordnung des FAG. Wir nehmen Leistungen des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes in Anspruch. Damit bekommen wir eine besondere Hilfe, die von uns aber auch besondere Anstrengungen abverlangt. Auch hier werden wir im kommenden Jahr weitere Maßnahmen für den Zeitraum 2016 – 2018 entwickeln müssen.

Ich fordere sie als Ratsversammlung daher auf, auch weiterhin konstruktiv an der Lösung der Finanzprobleme unserer Stadt mitzuarbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte noch einmal auf die Diskussion im Finanzausschuss um die Anträge der Kooperation zur Kultur eingehen.

Die Richtlinie des Landes über die Gewährung von Konsolidierungshilfen legt fest, dass an freiwillige Leistungen ein besonders strenger Maßstab anzulegen sei.

Neue finanzielle Mehrbelastungen sollen daher durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen in gleicher Höhe an anderer Stelle kompensiert werden.

Ich habe im Anschluss an die Sitzung des Finanzausschusses mit der Kommunalaufsicht gesprochen und bin von dort in meiner Meinung bestätigt worden: danach stellt die im Haushalt bereits vorhandene Senkung einer freiwilligen Leistung bei der Bäder GmbH eine Kompensation für andere freiwillige Aufwendungen im Sinne des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes dar.

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

Anrede,

Dank an die Ratsmitglieder

schließen möchte ich mit einem Dank an alle Ämter und Dezernate, an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diesen Haushalt mit auf den Weg gebracht haben. Ich danke ihnen sowohl für die kontroversen Diskussionen als auch für die konstruktiven Lösungen. Beides ist für diesen Haushalt unabdingbar gewesen.

Ich bitte um Zustimmung zum Haushalt.